



**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**
NEW YORK OFFICE

LEGITIME VERGEWALTIGUNG, SCHLAMPEN UND FEMI-NAZIS

Der Republikanische „Krieg gegen die Frauen“

Von Laura Flanders

Inhaltsverzeichnis

Ein Roman der postfeministischen Apokalypse. Von den Herausgebern.....1

Legitime Vergewaltigung, Schlampen und Femi-Nazis

Der Republikanische „Krieg gegen die Frauen“2

Von Laura Flanders

Der Körper als Schlachtfeld.....4

Die sonderbare Frage der Personhood.....9

Abtreibung als „Selbstmord der eigenen Rasse“12

Arbeitende Frauen im „Vergoldeten Zeitalter“14

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Oktober 2012

Herausgeber: Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg

Adresse: 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016

E-Mail: info@rosalux-nyc.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung von benachteiligten Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen.

Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

www.rosalux-nyc.org

Ein Roman der postfeministischen Apokalypse

„Legitimate rape“ – „legitime“ Vergewaltigung: Diese zwei Wörter sind es, mit denen Todd Akin, republikanisches Mitglied des Repräsentantenhauses in Washington, im Sommer 2012 einen Sturm der Entrüstung ausgelöst hat. Sein Ausspruch provozierte die neueste Runde im öffentlichen Streit darüber, wie rückständig die Republikanische Partei in Sachen Gleichberechtigung der Frau denn nun wirklich sei. In den folgenden Monaten, in denen Demokraten und Republikaner miteinander um die besten Ausgangspositionen für die Präsidentschafts- und Kongresswahlen 2012 wetteiferten, machte dann wieder einmal das Wort vom *War on Women*, vom Krieg gegen die Frauen, die Runde.

Dabei ist dieser Krieg nun wirklich nichts Neues. Die Vereinigten Staaten blicken – ganz im Gegenteil – auf eine lange Geschichte politischer Anstrengungen zurück, Frauenrechte zu leugnen oder einzuschränken. Seit dem 19. Jahrhundert kam es immer wieder zu wohlabgestimmten Kampagnen gegen die Rechte der Frau, die von der sich entwickelnden Frauenbewegung Runde für Runde nur unter größten Anstrengungen abgewehrt werden konnten. Immer wieder folgten neue Versuche, alle in diesem Ringen um Gleichberechtigung erzielten Erfolge zunichte zu machen oder zumindest einzuzugrenzen. Akins Worte und die heftigen Reaktionen darauf steckten das Gelände ab, auf dem die neueste Schlacht um die Körper der Frauen, um ihre Rechte und ihre Arbeitsplätze entbrannt ist, ja im Grunde um das weiter reichende Thema *personhood*, eigenständige persönliche Rechte.

Personhood? Ein seltsames und doch überaus wichtiges Thema im „War on Women“. Was bedeutet es in Amerika, eine *Person* zu sein? Wenn man befreite Sklaven einst als drei Fünftel einer Person einstuft, zu wie viel Prozent ist eine Frau in der Gesellschaft unserer Tage *Person*? Etwa, wenn sie sich zu einer Abtreibung entschließt? Und da wir gerade dabei sind: Ist ein Wirtschaftsunternehmen eine *Person*? Wieso und in welchem Grade? Für den Obersten Gerichtshof der USA scheint der Wert sich daran messen zu lassen, wie viele Dollars es in Wahlkämpfe stecken kann. Das wirft Fragen auf: Für wen, für welche Art Personen, arbeitet die Regierung in Washington?

Wer Laura Flanders weit ausholenden Bericht liest, begibt sich auf eine lange, aufregende Reise durch alle Stadien des Kampfs um Frauenrechte. Die Autorin arbeitet als Journalistin für Grit TV und reüssierte mit Büchern wie „The Tea Party“ (2010) und „Bush’s War on Women“ (2005). Ihre Kritik der Republikaner ist vernichtend: eine Partei weißer Männer, die sich um einer überholten Ideologie patriarchalischer Werte willen der Frauenunterdrückung widmet. In dem Krieg, dessen Geschichte Flanders schreibt, geht es nicht nur um „eine Wahl, einen Kandidaten oder ein Geschlecht“. Es geht vielmehr um nicht weniger als „die Zusammensetzung Amerikas als Gemeinwesen und darüber, welche Aufgaben in diesem Lande Staat und Regierung zu erfüllen haben.“

Der War on Women ist kein bloßes Wahljahrthema, und unter Beschuss sind nicht allein Frauen. Betroffen sind im Grunde alle, denen es darum geht, dass menschenrechtliche Schutzgarantien gefestigt und erweitert werden. Dass es keinen Rückfall in die dunklen Zeiten unserer Geschichte gibt, auch wenn eine mächtige Minderheit diese Vergangenheit nostalgisch verklärt.

Stefanie Ehmsen und Albert Scharenberg
Leiter des Büros New York, Oktober 2012

Legitime Vergewaltigung, Schlampen und Femi-Nazis

Der Republikanische „Krieg gegen die Frauen“

Von Laura Flanders

Wir wohnen in unseren Geschichten und unsere Geschichte in uns.
Angela Davis

Plötzlich, mitten im Sommer 2012, wurde Präsident Obama ein Geschenk zuteil, und zwar ausgerechnet von einem rechtskonservativen Republikaner. Ein öder amerikanischer Wahlkampf, der sich vor dem trostlosen Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit, niedriger Löhne und einem noch niedrigeren Pegelstand öffentlicher Begeisterung dahingeschleppt hatte, schlug blitzartig in Wut um, Empörung über die fixen Ideen eines einzelnen konservativen Kongressabgeordneten in Sachen Abtreibung. Eine bis dahin eher schläfrige demokratische Wählerschaft wurde schlagartig wach.

Bevor der fragliche Abgeordnete (Todd Akin aus Missouri) auch nur begriff, dass er an einem Wahlkampf-Pulverfass gezündelt hatte – indem er nämlich von „legitimer“, sozusagen „echter“ Vergewaltigung gesprochen hatte und davon, dass Frauenkörper sich bei einer solchen Vergewaltigung auf wundersame Weise sperren, abschalten und überhaupt nicht schwanger werden könnten –, da ertranken linke und liberale Adressaten bereits in einer wahren Flut von E-Mails mit dem immer gleichen „Betreff“: *Republican War On Women*.

Eine ganze Liste republikanischer Fehlritte kam in Umlauf: Im Januar hatte der Chef der Susan-G.-Komen-Stiftung zur Bekämpfung von Brustkrebs, ein Republikaner, entschieden, die Planned-Parenthood-Zuschüsse für Röntgenuntersuchungen bei einkommensschwachen

Frauen zusammenzustreichen. Im Februar hatten die Republikaner im Repräsentantenhaus eine Anhörung über den Zugang zu empfängnisverhütenden Mitteln organisiert und kaum Frauen dazu eingeladen.¹ Als dann Sandra Fluke, eine Studentin der Georgetown Law School und Frauenrechtlerin, dagegen protestierte, dass sie nicht teilnehmen dürfen, beschimpfte der konservative Talkshow-Moderator Rush Limbaugh sie als Prostituierte und „Schlampe“. Und Foster Friess, eine der Stützen des republikanischen Präsidentschaftsbewerbers Rick Santorum, erklärte einem Reporter des Nachrichtensenders MSNBC, er verstehe die ganze Aufregung über Empfängnisverhütung als Versicherungsleistung nicht. „Zu meiner Zeit nahmen sie Bayer-Aspirin als Verhütungsmittel“, klärte er seinen verblüfften Gesprächspartner auf. „Die Mädels klemmten sich so ‘ne Pille zwischen die Knie, und das kam dann auch nicht so teuer.“²

Im Juni blockierten die Republikaner im Senat einen demokratischen Gesetzentwurf, der gleichen Lohn für gleiche Arbeit forderte; in beiden Häusern stoppten sie die Erneuerung eines Gesetzes zur Bekämpfung der Gewalt gegen

1 Elizabeth Flock, Birth control hearing on Capitol Hill had mostly male panel of witnesses, www.washingtonpost.com/blogs/blogpost, 16.2.2012.

2 Rachel Weiner, Foster Friess, Santorum backer, jokes about using aspirin as birth control, www.washingtonpost.com/blogs.

Frauen aus dem Jahre 1994, des Violence Against Women Act. Und in einem US-Bundesstaat nach dem anderen versuchen die Republikaner unermüdlich Gesetze durchzudrücken, die Frauen zwingen sollen, sich vor einer Abtreibung internistischen Untersuchungen zu unterziehen. Zugleich fordern sie, schon Föten sollten Rechtsstatus und „personhood“ zugewilligt werden, also eigenständige personale Rechte.

Das Geschenk, das der Abgeordnete Akin Obama machte, war sozusagen der Zuckerguss auf dieser Torte. Was genau hatte Akin gesagt? In einem lokalen TV-Programm wollte man von ihm wissen, ob Frauen, die infolge einer Vergewaltigung schwanger wurden, die Abtreibung gestattet werden solle. Akins Antwort:

Na ja, wissen Sie, das ist eine dieser Sachen, mit denen bestimmte Leute immer... na ja, wie soll man, wir soll man diese besonders harte ethische Nuss knacken? Zunächst mal kommt sowas, wie ich von Ärzten weiß, in Wirklichkeit nur ganz selten vor. Wenn es eine echte Vergewaltigung [„a legitimate rape“] ist, dann findet der weibliche Körper immer Mittel und Wege, die ganze Sache zu stoppen.³

Irrsinnig sei das, „irreal“, schrieb die Vorsitzende des Democratic National Committee, Debbie Wasserman Schultz, in einem von zahllosen persönlich adressierten Briefen oder E-Mails – *pitch-letters* – an Sympathisanten ihrer Partei. (Wissenschaftlich ist nachgewiesen, dass Schwangerschaften infolge einer Vergewaltigung ziemlich genau so häufig sind wie bei anderen Arten des Geschlechtsverkehrs.)⁴ „Wenn wir es nicht schaffen, den Demokraten die Mittel zur Verfügung zu stellen, die sie für einen Sieg im November brauchen, stehen wir Frauen vor der Aussicht, hinter Jahrzehnte des Fortschritts zurückzufallen.“⁵

3 „Huffington Post“, 19.8.2012.

4 Kate Clancy, Here is Some Legitimate Science on Pregnancy and Rape, <http://blogs.scientificamerican.com>, 20.8.2012.

5 Elizabeth Flock, a.a.O.

Es ist immer das Gleiche: Alle vier Jahre trommelt man Amerikas Wählerinnen und Wähler zusammen, damit sie sich als Cheerleaders einkleiden und der je eigenen Seite in einer Helden-versus-Halunken-Schlacht zujubeln, einem „historischen“ Ringen um Rechte und Freiheiten der amerikanischen Frau. Doch jeder dieser Kämpfe geht, falls nicht unbezwingbare soziale Kräfte diejenigen, die jeweils gewählt werden, aus der Bahn werfen, gewöhnlich nur ebenso „historisch“ aus wie der vorige oder der nächste. Dennoch ist jede Präsidentschaftswahl seit 1992 als „Jahr der Frau“ gepriesen worden – seit jenem Jahr, in dem Anita Hall vor dem Supreme Court stand und 23 Frauen dazu brachte, sich erfolgreich um Kongressmandate zu bewerben, davon 19 im Repräsentantenhaus und 4 im Senat.

Zwanzig Jahre später haben wir es wieder mit dem gleichen Gerede zu tun – vom „Krieg gegen die Frauen“ –, aber auch mit dem gleichen Irrtum, es seien lediglich einige Jahrzehnte „Frauenfortschritt“, die auf dem Spiel stünden.

Es handelt sich da um einen großartigen Slogan zur Eintreibung von Wahlkampfspenden, denn die Rede vom „Republican war on women“ löst entlang der parteipolitischen Frontlinien Furcht und Schrecken aus und simplifiziert die Sache erheblich. Der Angriff auf die Frauen, auf ihre Körper wie auf ihre Rechte, spielt sich aber nicht an der Peripherie des politischen Lebens in Amerika ab. Er ist zentral. Auch handelt es sich nicht bloß um eine Debatte über Frauen und Föten, Kostenerstattung oder selbstbestimmte Entscheidung: „choice“. Das Gerede über „legitimacy“ und „personhood“ – personale Rechte des Fötus – spiegelt ein breites gesellschaftliches Unbehagen wider. Und das ist durchaus nicht „irreal“, sondern nur allzu vertraut.

Die amerikanische Geschichte stellt ihre Uhren nicht alle vier Jahre neu, doch in so ziemlich jedem Jahrhundert gibt es Momente großer Krisengefahren und großer Chancen, in denen das Land eine fundamentale Überprüfung

seiner Grundannahmen vornimmt. Auf die Unabhängigkeit und die Schaffung einer Bundesverfassung folgte die Spaltung des Landes und dann eine Debatte über die nach der *emancipation* fällige Reconstruction. Von den 1930er Jahren an erzwangen die Wirtschaftskrise, der Druck der Öffentlichkeit und schließlich der Krieg einen „New Deal“ – Franklin Roosevelts Ausweitung der Rolle des Staates im Verhältnis zu Bürgern, Unternehmen und Volkswirtschaft. Danach kam ein halbes Jahrhundert wirtschaftlicher Expansion, in dem Auf- und Abschwünge einander jagten. Und heute ringen die Vereinigten Staaten erneut ganz grundsätzlich um die Rolle der Regierung, des Staates und das Wesen der Demokratie.

Ironischerweise tragen Präsidentschaftswahlkämpfe zur Bewältigung solch historischer Schübe so gut wie gar nichts bei, ganz im Gegenteil. Was bedeutet die Rede vom „post-industriellen“ Zeitalter? Was kommt nach der Mehrheitsmacht der Weißen? Es sind die perennierenden Fragen, die das Land umtreiben. Was bedeutet es, sich in Amerika als Person zu behaupten? Und welche Personen sind es, denen der amerikanische Staat sich in seinem Handeln verpflichtet sieht? Es überrascht nicht, dass Frauen – ihre Körper und ihre Arbeit – erneut unter Beschuss liegen. Sobald es um „personhood“ geht, werden ihre Körper und ihre Berufstätigkeit offenbar stets zum Schlachtfeld. So war es immer schon.

Der Körper als Schlachtfeld

Todd Akin hatte durchaus nicht geplant, zur Sommersensation zu werden, als er bei KTVI-TV in St. Louis zu einem Sonntagmorgen-Interview Platz nahm. Akin ist, was man in Amerika einen *social conservative* nennt. Zwölf Jahre hat er in seinem heimatlichen Staatsparlament abgedient und zehn als Abgeordneter im Kongress zu Washington. Auf nationaler Ebene in die Nachrichten zu kommen, hatte er in all den Jahren kaum geschafft. Doch als er 2012 eine three-way primary – eine Vorwahl mit drei Kandidaten – in seiner Partei gewann und gegen die linksliberale Demokratin Claire McCaskill antreten konnte, der er im November ihren Senatsitz abnehmen will, nominierte die „National Review“ Akin zu einem der „Ten Republicans to follow on Twitter“. Das war es dann aber im Großen und Ganzen auch schon mit der Medienaufmerksamkeit, denn schließlich sitzen seit der Dauerkonjunktur konservativer Kampagnentätigkeit Männer wie Akin – offen gestanden – überall in den Vereinigten Staaten in Amt und Würden.

Der Abgeordnete Akin fand die Frage, die man ihm an jenem Sonntagmorgen stellte, eigentlich „nicht besonders schwierig“. Selbst als ein Sturm der Empörung aufzog und das Gewitter sich direkt über seinem Kopfe entlud, schien der Kandidat noch nicht begreifen zu können, warum alle Welt so aufgebracht reagierte. Hatte er sich in der Wortwahl vergriffen? „Ich habe mich falsch ausgedrückt“, erklärte Akin später an jenem Tag in einer Stellungnahme. „Ich habe die Worte nicht richtig verwendet“, sagte er Reportern am nächsten Morgen. In Mike Huckabees Talkshow erläuterte er, er habe „forcible rape“, „erzwungene Vergewaltigung“, sagen wollen statt „legitimate rape“. – „Um mich ganz klar auszudrücken: Vergewaltigung ist niemals legitim. Sie ist ein *evil act*, eine Monstrosität.“

Keine Klarstellung oder Erläuterung lieferte Akin allerdings dazu, warum er meint, dass eine Abtreibung unter allen Umständen verboten sein sollte, ohne jede Ausnahme in Vergewaltigungs- oder Inzestfällen oder wenn die Gesund-

heit der Mutter auf dem Spiel steht. Er tat es weder, als die „liberalen Medien“ und Politiker der Demokratischen Partei ihn aufs Korn nahmen, noch als sogar die führenden Vertreter seiner eigenen Partei, das National Republican Senatorial Committee und die beiden Spitzenkandidaten, Mitt Romney und Paul Ryan, ihn allesamt bedrängten, sich aus dem Rennen um den Missouri-Senatssitz zurückzuziehen.

Selbst nach Ablauf der Rückzugsfrist und nachdem Karl Rove sich, Wahlspendensammlern gegenüber, einen Scherz über Akins Ermordung gestattet hatte („Wir sollten Todd Akin versenken. Sollte man herausfinden, dass er unter mysteriösen Umständen ermordet wurde, fragt bloß nicht, wo ich gewesen bin“),⁶ rührte der Abgeordnete aus Missouri sich nicht. Er sah keinen Grund dafür. Akin hatte seine Auffassung seit Jahr und Tag propagiert. Er war gewählt und wiedergewählt worden, und er war zwei Jahrzehnte lang an der einschlägigen Gesetzgebung beteiligt. Im Washingtoner Repräsentantenhaus gehört der Abgeordnete einem Ausschuss an – dem Wissenschaftsausschuss.

Mike Huckabee – Ex-Pastor, Ex-Präsidentschaftskandidat und nunmehr zum Talkshow-Moderator recycelt – hatte wohl Akins Wählerschaft vor Augen, als er giftete: „Es war tragisch, in einer Partei, die angeblich für das Leben eintritt, die sorgfältig orchestrierte, systematisch geführte Kampagne gegen einen Mitrepublikaner erleben zu müssen [...]. Zeigt sich hier etwa, was die Partei in Wahrheit von prinzipienfesten Lebensschützern hält?“⁷

Tatsächlich hatten Akin, Huckabee und ihresgleichen durchaus gute Gründe, Anstoß an der Art und Weise zu nehmen, wie ihre Parteifürsten sie abzubürsten versuchten. An dem gleichen Tage nämlich, an dem Romney und Ryan den

Kandidaten Akin nötigen wollten, das Rennen seiner angeblich „extremen“ Auffassungen wegen aufzugeben, billigten die auf der Republican National Convention versammelten Mitglieder in Tampa/Florida die Wahlplattform 2012 der Partei mitsamt ihrem „Zusatz über das menschliche Leben“ (Human Life Amendment oder abgekürzt HLA). Und der insistiert darauf, dass „das ungeborene Kind über ein unverletzliches individuelles Grundrecht auf Leben verfügt“. In die Tat umgesetzt würde das Human Life Amendment Abtreibungen ohne jede Ausnahme in Vergewaltigungs- oder Inzestfällen verbieten, desgleichen die meisten Formen der Empfängnisverhütung, und Frauen womöglich selbst bei Fehlgeburten strafrechtlicher Verfolgung aussetzen. Diese Linie verfolgt die Grand Old Party bereits seit 1992 ganz offiziell.

Mitt Romney hält es – derzeit – für angebracht zu erklären, seiner Auffassung nach sollte eine vergewaltigte Frau, die abtreiben lässt, deshalb nicht gleich hinter Gitter gebracht werden. Doch ausgerechnet Paul Ryan, der Mann, den Romney sich als Vizepräsidentschaftskandidaten ausgesucht hat, stimmt Akin darin zu, dass sogar das Human Life Amendment nicht weit genug geht. Auch Ryan ist gegen jegliche Abtreibung, ungeachtet der konkreten Umstände, also auch in Vergewaltigungs- und Inzestfällen sowie bei Gefahr für die Gesundheit der Schwangeren. Ryan hat seinen Wahlkreis in Wisconsin sieben Mal gewonnen und dabei nie weniger als 57 Prozent der Stimmen erhalten. Er ist der führende Republikaner im Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses und einer der 64 Abgeordneten, die unter dem Kürzel HR 212 die Einführung eines sogenannten Personhood Amendment fordern. Dieses würde bereits dem befruchteten Ei eigenständige Rechte – den Status eines Rechtssubjekts – zubilligen.

Todd Akins bequeme *Shutting-down*-Phantasie stammt wahrscheinlich aus einem Paper von 1999, das immer noch leicht zu finden ist, nämlich auf der Website der größten „Lebens-

6 Tim Mak, Report: Karl Rove make Todd Akin murder joke, Politico, 31.8.2012, www.politico.com.

7 Huckabee: Second look at Todd Akin, 23.8.2012, <http://hotair.com>.

schützer“-Gruppe des Landes, des National Right to Life Committee. Was die im Vergewaltigungskontext schockierende Vokabel „forcible“ – also „gewaltsam“ im Sinne von „erzwungen“ (im Unterschied zu „statutory“, das heißt im Sinne des Gesetzes) – angeht, so gehören sowohl Akin als auch Ryan zu den Betreibern eines Gesetzesvorhabens, des „No Taxpayer Funding for Abortion Act“ (HR 3), dem es unter anderem um die Einführung des im Titel beschworenen Grundsatzes – keine Steuermittel für Abtreibungen – ins Bundesrecht geht. Zwar bestimmt das Letztere auch heute schon, dass Abtreibungen nicht aus Bundesmitteln bezahlt werden dürfen, doch gibt es eine gesetzliche Ausnahme für vergewaltigte Frauen. Akin und Ryan wollten diese Ausnahmeregelung einschränken und nur noch für Schwangerschaften infolge einer „erzwungenen Vergewaltigung“ („forcible rape“) gelten lassen. Wer nicht als Forcible-Rape-Opfer im Sinne der Gesetzesvorlage HR 3 dasteht, hätte demnach keinen Anspruch auf Erstattung der Abtreibungskosten; nicht einmal Minderjährige – beispielsweise eine Zwölfjährige, die vom Freund ihrer Mutter vergewaltigt und geschwängert wird – oder ein über achtzehnjähriges Inzestopfer. Eine Version dieses Gesetzesentwurfs wurde tatsächlich vom Repräsentantenhaus mit seiner republikanischen Mehrheit verabschiedet (und erst nach einem Sturm der Empörung hat man zumindest Formulierungen wie „forcible rape“ getilgt).

Wenn Akin das Wort „legitimate“ verwendet und von „erzwungener Vergewaltigung“ spricht, spiegelt sich darin die unter Abtreibungsgegnern verbreitete Auffassung wider, dass Frauen lügen, um in den Genuss der Ausnahmeklauseln der Anti-Abtreibungs-Gesetze für Vergewaltigungsfälle zu kommen. Bill Napoli, Senator in South Dakota, ein entschiedener Verfechter der Kriminalisierung, wurde 2006 einmal gebeten, eine Situation zu beschreiben, in der die Abtreibung nach einer Vergewaltigung vielleicht „legitim“ sein könnte. Ohne groß nachzudenken platzte der Senator heraus:

Im wirklichen Leben sähe der Fall möglicherweise so aus: Ein Mädchen wird angefallen, brutal vergewaltigt, schwer misshandelt. Sie ist fromm. Sie hatte ihre Jungfräulichkeit bis zur Hochzeit aufsparen wollen. Sie wird misshandelt und vergewaltigt, anal penetriert, so schlimm, wie man es sich nur vorstellen kann, und geschwängert. Dieses Mädchen könnte tatsächlich danach so durcheinander sein, physisch und psychisch, dass es wirklich lebensgefährlich für sie wäre, das Kind auszutragen.

Auch 2006 führte ein Herzenserguss aus dem Inneren des Landes zu einem amerikaweiten Wutausbruch in den Medien und zu atemlosem Gerede vom „Krieg gegen die Frauen“, auf den die Republikaner es abgesehen hätten. Auch damals überschwemmten die Demokraten ihre Anhänger mit Wahlkampf-Bettelbriefen des Tenors, Frauen sollten lieber für die Demokratische Partei stimmen – denn sonst könnten sie der Selbstbestimmung über den eigenen Körper verlustig gehen. Tatsächlich gewannen die Demokraten danach das Weiße Haus und Mehrheiten sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus. Acht Millionen mehr Frauen als Männer gingen 2008 zur Wahl. Doch zehn Jahre später rüsten sich die Amerikaner für eine neue Schlacht im „Krieg gegen die Frauen“, und wieder sind es die Frauen, die das zu spüren bekommen.

„All unseren Anstrengungen zum Trotz entwickeln sich die Dinge, wenn überhaupt, zum Schlimmeren“, sagt Lynn Paltrow, Leiterin der National Advocates for Pregnant Women, einer Interessen- und Rechtshilfeorganisation für Schwangere. Obwohl Meinungsumfragen zeigen, dass die meisten Amerikaner für Empfängnisverhütung und gegen die Kriminalisierung der Abtreibung sind, kam es in den letzten beiden Jahren zu einer wahren Flut von Gesetzen, die den Zugang der Frauen zu reproduktionsmedizinischen Diensten einschränken. Nachdem die Republikaner die Zwischenwahlen von 2010 mit dem Rückenwind der Tea Party für sich entscheiden konnten, wurden in den Parlamenten der Einzelstaaten 2011 mehr reproduktions-

tionsbezogene Gesetzesvorlagen eingebracht als jemals zuvor: 1000 Vorlagen, von denen bis zum Jahresende 153 Gesetzeskraft erlangten. Das erste Quartal 2012 brachte weitere 944 Gesetzesvorlagen, deren Spannweite von der Einschränkung des Zugangs zu Abtreibungsmöglichkeiten per se bis zu Versuchen reichte, einschlägige Versicherungsleistungen zusammenzustricken.

In Michigan, wo im Jahre 2008 eine überwältigende Mehrheit für Obama gestimmt hatte, wurde 2012 ein Gesetzespaket eingebracht, dessen Verwirklichung den Frauen überall in diesem Bundesstaat Abtreibungsmöglichkeiten de facto völlig versperren würde, und zwar im Namen des „Schutzes“ der Frauen vor „unsicheren“ Kliniken. Der Abgeordneten Lisa Brown schnitt man das Wort ab, als sie in der Debatte den Terminus „Vagina“ verwendete. Vertreter der Republikanischen Partei, die das Repräsentantenhaus von Michigan dominiert, deklarierten ihren Sprachgebrauch als Verstoß gegen die guten Sitten. In einem anderen Fall wurde die Erwähnung von Sterilisationsmöglichkeiten mit Wortentzug bestraft.

„Ich wäre wirklich niemals darauf gekommen, dass jemand so reagieren könnte“, erklärte Frau Brown der Presse. „Es handelt sich um die anatomisch korrekte Bezeichnung für einen Teil des weiblichen Körpers. In den Gesetzbüchern von Michigan kommt sie an drei verschiedenen Stellen vor. In diesem Gesetzentwurf geht es um Abtreibung. Die gibt es ohne Vagina überhaupt nicht.“

Ein anderer, ebenso verrückter Vorstoß kommt gar nicht ohne das Wort „Vagina“ aus. Es handelt sich um das Drängen auf Vaginalsonden-Tests. Nach dem letzten Stand sind es mittlerweile zwanzig US-Bundesstaaten, die Frauen dazu verpflichten, sich das Bild ihres Fötus anzusehen oder seinem Herzschlag zu lauschen, bevor man ihnen eine Abtreibung genehmigt (wodurch die Kosten steigen, der Vorgang sich in

die Länge zieht und immer mehr Frauen die Chance auf eine legale Abtreibung verpassen). Aber weil viele Frauen, die sich um eine Abtreibung bemühen, noch nicht so lange schwanger sind, dass ihre Föten schon auf Ultraschall-Bildschirmen sichtbar werden, wurde in Virginia ein (ursprünglich vom Gouverneur des Staates unterstütztes) neues Gesetz verabschiedet, das invasive transvaginale Ultraschall-Untersuchungen verlangt. Mit einer Scheidensonde – also eben transvaginal.

Die Gesetzesbetreiber haben sich bizarre Dinge einfallen lassen, damit die Leute Föten zu sehen bekommen. Im Kapitol von Idaho beispielsweise rollten die Antragsteller, die in diesem Staat eine Ultraschalluntersuchung gesetzlich verbindlich machen wollten, sechs schwangere Frauen und ein Ultraschallgerät in den Anhörungssaal, um sodann einen riesigen Monitor aufzustellen, damit die Parlamentarier bei der Untersuchung zusehen und zuhören konnten.

Manche sagen, immerhin seien viele der gruseligsten Vorstöße dieser Art niedergestimmt worden. So lehnten es die Abgeordneten in Idaho (neben Utah der Bundesstaat, in dem die Republikaner am festesten im Sattel sitzen) ab, Ultraschalluntersuchungen verbindlich vorzuschreiben. In Virginia veranlasste die Empörung der Öffentlichkeit die republikanischen Gesetzesbetreiber dazu, die staatlich verordnete Penetration in ihrem Gesetz optional zu machen.

Auch die Verfechter der sogenannten Personhood Amendments mussten in den fraglichen beiden Jahren Niederlagen hinnehmen. Nachdem viel darüber spekuliert worden war, ob die Abstimmung nicht ganz knapp ausgehen und der Verfassungszusatz möglicherweise durchkommen könnte, lehnten die Wahlberechtigten in Mississippi im Herbst letzten Jahres die Aufnahme eines Personhood Amendments in die Verfassung ihres Bundesstaates ab.

Vorbild dieses Amendments war das bereits erwähnte, auf die Unionsverfassung zielende Human Life Amendment, dessen Stoßrichtung man aber zunächst in den Einzelstaaten erproben wollte. Das Scheitern dieses Versuchs löste unter Linken und Liberalen Begeisterung aus. „Die müssen gedacht haben, wenn sie die Sache irgendwo im Lande durchbringen könnten, dann ganz gewiss im konservativen Mississippi“, erklärte Rachel Maddow im Kabelsender MSNBC, der den Demokraten zuneigt.

Nachdem sich in Oklahoma, Ohio, Oregon, Mississippi (abermals), Montana, Nevada, Arkansas, Florida, Kalifornien und Colorado nicht einmal genügend Wahlberechtigte zur Unterzeichnung von Petitionen bereit fanden, die darauf zielten, das Thema im Herbst auf den Wahlzetteln zur Abstimmung zu stellen, jubelte die ACLU, die American Civil Liberties Union: „Die Wähler haben in ihrer großen Mehrheit die Personhood-Initiativen zurückgewiesen und den Personhood-Verfechtern Botschaften wie die folgenden zugeschickt: ‚over‘; ‚finito‘; kein Interesse. Das Spiel ist aus, eure Idee zündet nicht.“

Nun mal langsam. Es sind ja nicht nur die reproduktiven Rechte der Frauen, die unter Beschuss stehen. Im Wahljahr 2012 wurde auch die neuerliche Bestätigung zweier Meilensteine des gesetzgeberischen Fortschritts bei den wirtschaftlichen Rechten der Frauen in Gang gebracht – aber sogleich wieder gestoppt. Der Violence Against Women Act von 1994 war viele Jahre hindurch routinemäßig bestätigt worden. Und der Equal Pay Act von 1963 – gleicher Lohn für gleiche Arbeit – hätte schon längst aktualisiert werden müssen. Doch beide Erneuerungsvorhaben blieben zunächst wegen entstellender Zusatz-Anträge stecken, bevor die Republikaner sie dann im Kongress erst einmal ganz auf Eis legten.

Gleichzeitig versuchen Bundesstaaten wie Wisconsin, Pennsylvania, Ohio und Texas die Teilnahme an Wahlen neuen Regeln zu unter-

werfen. Von den sogenannten Wählerausweis-Gesetzen („Voter-ID laws“) wären Frauen (als der älteste und ärmste Teil der Bevölkerung) überproportional betroffen, weil gerade sie kaum jenen amtlicherseits ausgestellten Lichtbildausweis besitzen dürften, dessen Vorlage im Wahllokal die betreffenden Staatsregierungen verbindlich vorschreiben möchten.⁸

Und was die bürgerlichen Rechte angeht: Seit der Zeit, als das Roe-vs.-Wade-Urteil (1973) die Abtreibung, wie es schien, legalisierte, haben mittlerweile 38 US-Bundesstaaten Gesetze verabschiedet, die die Verantwortlichkeit für den Tod eines Fötus zum Straftatbestand machen. Mindestens 23 dieser Gesetze gelten bereits für die allerersten Stadien einer Schwangerschaft. „Bei dem Angriff der Rechten auf die Frauen geht es nicht allein um Abtreibung und Empfängnisverhütung“, sagt die bereits zitierte Lynn Paltrow. „Worum es geht, ist die Ermächtigung des Staates, mehr Frauen ins Gefängnis zu stecken.“

Paltrow und ihre Organisation haben es schon jetzt mit mehreren Fällen von Frauen zu tun, die wegen „feticide“ oder „fetal homicide“ – Fötenmord – im Zusammenhang mit ihrer Schwangerschaft angeklagt und eingekerkert wurden. In South Carolina saß Regina McKnight acht Jahre im Gefängnis, weil man sie nach einer Totgeburt, die ihre Ankläger auf den Drogengebrauch der Frau zurückführten, wegen Mord durch Kindesmisshandlung verurteilt hatte. Ihre Unterstützer schätzen, dass es sich bei McKnight um eine von etwa 200 Frauen handelt, die wegen Drogengebrauchs während ihrer Schwangerschaft inhaftiert wurden.

In Indiana musste Bei Bei Shuai über ein Jahr im Gefängnis sitzen. Freunde hatten sie nach einem Selbstmordversuch wieder zu sich bringen können, aber den Ärzten war es nicht gelungen, ihr Baby zu retten. „Diese Gesetze besagen,

⁸ Vgl. auch James P. Hare, Steal the Vote. Voter Suppression in the 21st Century, www.rosalux-nyc.org.

dass es ein Recht für schwangere Frauen und eines für jedermann sonst gibt“, erklärte die Rechtsanwältin Linda Pence, die Shuai vertreten hatte, der „Nation“-Kolumnistin Katha Pollit: „Für alle anderen ist Selbstmord eine Sache der seelischen oder geistigen Verfassung, aber im Fall einer schwangeren Frau handelt es sich um ein Verbrechen. Das verstößt gegen das verfassungsmäßige Recht der Frauen auf Gleichheit vor dem Gesetz.“⁹

Es ist 150 Jahre her, seit Amerika zuletzt einen derartigen Schub der Abtreibungsbekämpfung und der Kriminalisierung erleben musste, nämlich in der Ära schmerzlicher Spaltung, die auf den Bürgerkrieg folgte und die Mark Twain ironisch als Gilded Age, als „Vergoldetes Zeitalter“ titulierte. Damals ging es (wie heute) um wirtschaftliche Unsicherheit, rassistisch kodierte Ängste und eine wachsende Kluft zwischen Reich und Arm. Damals wie heute war der Angriff auf die Rechte der Frauen Teil eines Generalangriffs auf die Arbeiterrechte, ja die Bürgerrechte ganz allgemein. Es geht auch nicht nur um den Zugang zu Abtreibungs- und Empfängnisverhütungsmöglichkeiten. Heute wie damals geht es um soziale Kontrolle, Demokratie und Ökonomie – und irgendwo in alledem steckt auch das seltsame Thema *personhood*.

Die Parteien in Amerika wandeln sich im Laufe der Zeit. (In den 1880er Jahren war die Demokratische Partei die Partei der Reaktion.) Die Frage der „personhood“ hingegen hat eine lange, immer wiederkehrende Geschichte. In Zeiten der politischen oder sozialen Öffnung – der politischen Freiheit nach der Abschüttelung der britischen Herrschaft oder der Demokratie nach dem Bürgerkrieg – taten die USA einen Schritt vorwärts, während die Kräfte der Reaktion uns danach mindestens um die halbe Distanz wieder zurückwarfen. Frauen, Arme und Farbige dienten in der amerikanischen Geschichte immer wieder unfreiwillig als eine Art gesellschaftlicher Brandmelder. So wie Verfassung und Unabhängigkeitserklärung ihnen das Wahlrecht vorenthalten hatten und wie sie auch nach dem Bürgerkrieg unfrei geblieben waren, lieferten sie, lieferte ihr Status immer wieder den ernüchternden *reality check* auf die jeweilige Rhetorik des Tages.

Von den „Gründervätern“ bis zur Tea Party – es spricht alles dafür, dass wir uns hier und heute in der nächsten *Reconstruction*-Phase befinden. Wir wissen nicht, worauf sie hinauslaufen wird, aber eines scheint klar: Diese Debatte ist bislang alles andere als „finito“.

Die sonderbare Frage der Personhood

Es ist unmöglich, die eigene Zeit in ihrer historischen Perspektive wahrzunehmen; doch schon auf der Oberfläche zeigen sich so zahlreiche Ähnlichkeiten zwischen unseren eigenen Nachkriegsschwierigkeiten und denen, die auf den Bürgerkrieg folgten, dass man bei der Durchsicht der Dokumente und Erinnerungen jener früheren Periode das Gefühl hat, die von uns selbst erlebte Geschichte zu verfolgen, vorgetragen in einer Art Fremdsprache.

Lewis Mumford¹⁰

Im Mai 1886 verkündete der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten seine Entscheidung in einem Streitfall, der einen kalifornischen Landkreis und eine Eisenbahngesellschaft betraf. Die Southern Pacific Railroad hatte sechs Jahre lang keine Grundsteuer bezahlt und zur Begründung angeführt, sie werde im Vergleich zu landbesit-

⁹ „The Nation“, 26.3.2012.

¹⁰ Lewis Mumford, *The Brown Decades: A Study of the Arts in America, 1865-1895*, New York 1955, S.10.

zenden Rechtspersönlichkeiten in anderen Gemeinden ungerecht besteuert. Die Anwälte der Bahngesellschaft beriefen sich zur Rechtfertigung ihres Vorbringens auf das 14. Amendment der US-Verfassung. Ein Anwalt formulierte es so:

Ich glaube, die Bezugnahme des betreffenden Paragraphen auf die Gleichheit der Schutzrechte bedeutet dasselbe wie die klaren und einfachen, aber zugleich erhabenen Worte, die sich in unserer Unabhängigkeitserklärung finden: 'all men are created equal'. Gleich geschaffen, nicht im Hinblick auf ihre körperliche oder geistige Kraft, gleich nicht in ihrem Vermögen oder ihrer gesellschaftlichen Stellung, aber gleich vor dem Gesetz.¹¹

Der Sozialhistoriker und Kulturkritiker Lewis Mumford hat die Zeit nach dem amerikanischen Bürgerkrieg als eine Ära enttäuschter Hoffnungen beschrieben. „Es gibt manchmal Jahre, in denen auf den Frühling mit seinen frischen Blättern und Blüten eine lange Serie von Stürmen und Regenfällen folgt, die einem das Gefühl für den Sommer verdirbt“, schrieb Mumford. „Kein abstraktes Ideal lässt sich auf eine reale Situation oder Institution übertragen, ohne dass dabei der Eindruck entsteht, es sei von einer Art Mehltau befallen worden.“

Seit der Verabschiedung der amerikanischen Verfassung hatten Sklaven zu Zensuszwecken stets als drei Fünftel einer Person gezählt. Nach dem Bürgerkrieg sollte das 14. Amendment garantieren, dass befreite Sklaven endlich als „ganze Personen“, als voll entwickelte Persönlichkeiten mit uneingeschränktem Zugang zu ordentlichen Rechtsmitteln und Gerichtsverfahren, zählten. Den gleichen Tenor haben die flankierenden Verfassungszusätze: „Weder Sklaverei noch unfreiwillige Knechtschaft [...] darf es in den Vereinigten Staaten geben“, heißt es im 13. Amendment, und das 15. Amendment statuiert: „Das Wahlrecht der Bürger der Ver-

einigten Staaten darf von den Vereinigten Staaten oder einem Einzelstaat nicht aufgrund der Rassenzugehörigkeit, der Hautfarbe oder des vormaligen Dienstbarkeitsverhältnisses versagt oder beschränkt werden.“¹²

Doch Unternehmensanwälte, denen nach dem Boom der Kriegsjahre reichliche Mittel dafür zur Verfügung standen, strengten einen Prozess nach dem anderen an, um zu erreichen, dass der 14. Verfassungszusatz auch für Unternehmen gelte (die in den Rechtstexten zuvor stets als *artificial persons* bezeichnet worden waren, also als juristische, nicht aber natürliche Personen) und ihnen daher die gleichen Schutzrechte garantiere wie natürlichen Personen. Im vollen Wortlaut statuiert der erste Absatz des 14. Amendments Folgendes:

Alle Personen, die in den Vereinigten Staaten geboren oder eingebürgert sind und ihrer Gesetzeshoheit unterstehen, sind Bürger der Vereinigten Staaten und des Einzelstaates, in dem sie ihren Wohnsitz haben. Keiner der Einzelstaaten darf Gesetze erlassen oder durchführen, die die Vorrechte oder Freiheiten von Bürgern der Vereinigten Staaten beschränken, und kein Staat darf irgendjemandem ohne ordentliches Gerichtsverfahren nach Recht und Gesetz Leben, Freiheit oder Eigentum nehmen oder irgendjemandem innerhalb seines Hoheitsbereiches den gleichen Schutz durch das Gesetz versagen.¹³

Delphin M. Delmas, der Anwalt des Santa Clara County in dem Verfahren von 1886, widersprach den Anwälten der Eisenbahngesellschaft:

Der Schutzschild, in dessen Deckung [die Southern Pacific Railroad] die Verfassung und die Gesetze Kaliforniens angreift, ist das Vierzehnte Amendment. Ihr Argument geht dahin, dass dieser Verfassungszusatz jeder Person im Hoheitsbereich des Staates den gleichen Rechtsschutz garantiert; dass ein Unternehmen eine Person ist; dass ihm deshalb der gleiche Schutz zusteht, wie er allen anderen Personen unter vergleichbaren Umständen gewährt wird [...]. Für meine Begriffe besteht der

11 Santa Clara County v. Southern Pacific Railroad Co., 118 U.S. 394 (1886), <http://caselaw.lp.findlaw.com/scripts/getcase.pl?court=US&vol=118&invol=394>. Zit. in: Thom Hartmann, *Unequal Protection. How Corporations Became „People“ – And How You Can Fight Back*, San Francisco 2010 (Kindle Edition), S. 334.

12 Zit. nach: Angela und Willi Paul Adams (Hg.), *Die amerikanische Revolution und die Verfassung von 1754-1791*, München 1987, S. 447 – d. Übs.

13 Zit. nach: ebd., S. 446 – d. Übs.

Trugschluss, wenn ich ihn so nennen darf, bei dieser Argumentation in der Annahme, Unternehmen seien berechtigt, nach den für natürliche Personen geltenden Gesetzen behandelt zu werden.¹⁴

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten entschied jedoch gegen Delmas und zugunsten der Southern Pacific Railroad. Seither haben Unternehmensanwälte fast anderthalb Jahrhunderte hindurch – bis zur Entscheidung im Falle Citizens United vs. Federal Election Commission – für die von ihnen vertretenden Firmen die gleichen Rechte eingefordert, wie sie in Fleisch und Blut existierenden Menschen zustehen. Im Citizens-United-Fall befand das Gericht sogar, vom Kongress erlassene Gesetze zur Begrenzung der Wahlkampfspenden von Wirtschaftsunternehmen verletzen die Rede- und Meinungsfreiheit, die *Free-Speech*-Rechte derartiger „Personen“.

Wirkliche Menschen hatten es derweil nicht so leicht, in den Genuss der gesetzlich versprochenen Schutzrechte zu gelangen.

„Die große Frage, Sir, ist doch diese: Bin ich ein Mensch? Bin ich ein Mensch, dann erhebe ich Anspruch auf die Rechte eines solchen“, erklärte Henry McNeal Turner, der dem Repräsentantenhaus von Georgia während der kurzen Reconstruction-Jahre angehörte, bis diese Körperschaft im Jahre 1868 dafür votierte, in Knechtschaft geborene Personen auszuschließen.¹⁵

„Die einzige Frage, die jetzt noch geklärt werden muss, ist die: Sind Frauen Personen?“ So Susan B. Anthony, nachdem sie verhaftet worden war, weil sie in Rochester/NY bei der Präsidentschaftswahl 1872 verbotenerweise ihre Stimme abgegeben hatte. „Da sie Personen sind, sind Frauen Bürger; und kein Staat ist berechtigt, irgendein Gesetz zu schaffen oder irgendein altes Gesetz anzuwenden, um ihre Bürgerrechte einzuschränken“.¹⁶

14 Vgl. Hartmann, a.a.O., S. 20-21.

15 Howard Zinn und Anthony Arnove, *Voices of a People's History of the United States*, New York, NY 2011.

16 Susan B. Anthony, *On Women's Right to Vote*, www.historyplace.com/speeches/anthony.htm.

Turner wurde ausgeschlossen und Anthony verurteilt. Und dieses Muster hat sich seither erhalten. Viele Jahre später resümierte Hugo Black, Richter am Supreme Court, bitter:

Unter den vor diesem Gericht verhandelten Fällen, in denen es um die Anwendung des Vierzehnten Verfassungszusatzes während der ersten fünfzig Jahre nach seiner Schaffung ging, befinden sich zu weniger als einem halben Prozent solche, die sich zum Schutz der Neger auf das Amendment beriefen. Und über fünfzig Prozent verlangten die Ausdehnung seiner Schutzrechte auf Unternehmen.¹⁷

Mit dem Rückblick von heute aus auf die damalige Zeit soll nicht etwa simplifiziert und behauptet werden, wir lebten im „Vergoldeten Zeitalter“. Aber Mark Twain, der jener Ära den Namen gab, soll auch gesagt haben: „Die Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich.“ Und in diesem Jahre 2012 reimt sich einiges mit dem Gilded Age – und zwar verdammt viel.

Damals befand sich die Wirtschaft im Wandel – wie heute. Während die Jahre nach dem Bürgerkrieg der Wirtschaft Wachstum und Konsolidierung bescherten, brachten die Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg den schleichenden Rückgang der Industrie und der industriellen Arbeitsplätze der USA. Damals – wie heute – wandelte sich die Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Früher versklavte Schwarze waren jetzt befreit, und aus Irland, Deutschland und aller Welt strömten Einwanderer ins Land.

Der Historiker Eric Foner formulierte es so: „Der Bürgerkrieg konsolidierte den Nationalstaat und führte, via Emanzipation, gleichzeitig dazu, dass dieser Staat mit den Interessen der gesamten Menschheit und, nüchterner gesagt, mit einer Koalition unterschiedlicher Gruppen und Klassen identifiziert wurde.“¹⁸

Damals – wie heute – forderten neue Wählerblöcke einen neuen Status innerhalb dieses

17 Hartmann, a.a.O., S. 54.

18 Eric Foner, *A Short History of Reconstruction*, New York 1990, S. 13.

Nationalstaates ein. Damals gehörten zu denen, die einen neuen Platz erstrebten, Industrielle und Großbanker, aber auch Reformer, Industriearbeiter, Frauen und freie Schwarze. Heute wird der Kampf zwischen den Superreichen, den Hedgefonds-Managern und Finanzeliten einerseits und der sogenannten *Obama Nation* auf der anderen Seite ausgetragen – jungen Menschen, Farbigen und Frauen. Nach dem Bürgerkrieg traten Fabriken (in denen bis dato weibliche Arbeitskräfte vorgeherrscht hatten) an die Stelle kleiner Farmen und Handwerksbetriebe. Die Ausweitung des Eisenbahnnetzes verhalf der Wirtschaft zu neuen Möglichkeiten der Distribution, der Mechanisierung und Massenproduktion. In unserer Zeit ist es, während Internet-Technologie und Globalisierung die Industriearbeiterschaft dezimieren, der Dienstleistungssektor, in dem die Zahl der Beschäftigten Distribution, der Mechanisierung und Massenproduktion. In unserer Zeit ist es, während

Internet-Technologie und Globalisierung die Industriearbeiterschaft dezimieren, der Dienstleistungssektor, in dem die Zahl der Beschäftigten am schnellsten wächst (wiederum ein Sektor, in dem zuvor Frauen vorgeherrscht hatten). Zu keiner Zeit seit dem Gilded Age war die Kluft zwischen Reich und Arm breiter und tiefer – oder erschien die Demokratie käuflicher.

1967 sprach Martin Luther King prophetische Worte über die Wahl, vor der Amerika steht: „Es gibt nichts, was uns davon abhalten kann, einen widerspenstigen Status quo mit wunden Händen so lange umzuformen, bis wir ihn in einen Zustand neuer Brüderlichkeit umgewandelt haben.“¹⁹ Wir haben nur eine Wahl, schrieb er, die zwischen „Chaos oder Community“. Es ist keine Randfrage – heute so wenig wie damals –, wie Frauen, Farbige und Einwanderer behandelt werden. Es war und ist vielmehr von zentraler Bedeutung für die Richtung, in der die Geschichte sich weiterbewegt.

Abtreibung als „Selbstmord der eigenen Rasse“

Wie Michelle Alexander in ihrem Buch „The New Jim Crow“ schreibt, gab es in den Jahren nach dem Bürgerkrieg eine politisch-rhetorische Verpflichtung zur *Reconstruction*. Die Bundesregierung stationierte Truppen in der Region und versprach, die ehemaligen Sklaverei-Staaten so zu reformieren, dass die befreiten Schwarzen ihre Rechte wahrnehmen konnten. Gleichzeitig verabschiedeten die Südstaaten jedoch eifrig allerlei Gesetze, etwa gegen „Landstreicherei“ und einen „Straftatbestand“, den man heute als „schwarze Arbeitslosigkeit“ bezeichnen könnte. Zu einer Zeit, in der die ehemaligen Sklaven gerade begannen, ihre eigenen Gemeinden zu gründen und eigene Feldfrüchte anzubauen, machten diese Gesetze es „im Kern zu einem strafba-

ren Delikt“, auf eigene Rechnung zu arbeiten oder beschäftigungslos zu sein, schreibt Alexander. Und diese Gesetze seien selektiv gegen Schwarze eingesetzt worden. „Gefangene mussten für geringe oder gar keine Bezahlung Zwangsarbeit leisten“, und unter den neuen Gesetzen war es nicht schwer, Schwarze gefangen zu setzen und abzuurteilen.²⁰

Außer von solchen Gesetzen machten Landbesitzer im Süden auch von ihrer wirtschaftlichen Macht Gebrauch, um Mobs zu bewaffnen und

19 Dr. Martin Luther King, Jr., Where do we Go From Here: Chaos of Community? [1967], in: James Melvin Washington (Hg.), A Testament of Hope: The Essential Writings of Martin Luther King Jr., New York 1986, S. 630-33.

20 Michelle Alexander, The New Jim Crow: Mass Incarceration in the Age of Colorblindness, New York 2010, S. 28.

weiße Milizen sowie den Ku Klux Klan zu organisieren. Im Zeitraum 1868-1876 fielen fast jedes Jahr zwischen 50 und 100 Afroamerikaner der Lynchjustiz zum Opfer. Schließlich verließen die Unionstruppen den Süden und die offene Rassentrennung kehrte zurück. In der Folgezeit „wetteiferten die Politiker miteinander, immer mehr durch und durch repressive und geradezu lächerliche Gesetze vorzuschlagen und zu verabschieden“, schreibt Michelle Alexander. In Texas und im Südwesten wurden auch Mexikaner vom Mob gelyncht. Chinesische Ladenbesitzer in San Francisco und chinesische Eisenbahnarbeiter lebten in der Furcht vor Schlägern, die auf die Vertreibung der „Gelben Gefahr“ aus waren.

In ebendiesem Zeitraum (1860-1880) kam auch die Bestrebung auf, Abtreibungen zu kriminalisieren. In der Frühzeit der Vereinigten Staaten hatten Frauen ziemlich frei entscheiden können, unerwünschte Schwangerschaften abzubrechen. Wie der Historiker James Mohr berichtet, gab es im Jahre 1800 nirgendwo im Lande Gesetze oder Bestimmungen, die das Thema Abtreibung regelten. Hundert Jahre später war in sämtlichen Mitgliedstaaten der USA Abtreibung strafbar. Mohr schreibt:

Zwischen 1860 und 1880 führte die Ärztekampagne gegen die Abtreibung in den Vereinigten Staaten zum massivsten Schub der Anti-Abtreibungs-Gesetzgebung in der Geschichte des Landes. In dieser Periode wurden mindestens 40 Anti-Abtreibungs-Bestimmungen unterschiedlicher Art in die regionalen und einzelstaatlichen Gesetzbücher aufgenommen; über 30 alleine in den Jahren 1866 bis 1877. In etwa 13 Gerichtsbezirken wurde die Abtreibung erstmals gesetzlich verboten, und mindestens 21 Staaten verschärften ihre bereits vorhandenen Bestimmungen zu diesem Thema.²¹

Wenn durch Terror und Klan-Gewalt erreicht werden könne, dass die Schwarzen der am schärfsten ausgebeutete Teil der Arbeiterklasse blieben, „dann könnten die Kapitalisten sich

eines doppelten Vorteils erfreuen“, schreibt Angela Davis. Für sie gäbe es „Extraprofite [...], und Feindseligkeiten weißer Beschäftigter gegen ihre Arbeitgeber würden entschärft.“²² Besser noch wäre es, wenn der Staat zum Rückzug von seiner humanitären Sendung genötigt werden konnte, wie es nach der Niederlage der Reconstruction-Bestrebungen geschah. Wenn unternehmerische Profitgier und die Weigerung, weiße Machtpositionen aufzugeben, seinerzeit die Rassentrennung bewirkten, so ging auch der Drang, die freie Entscheidung der Frauen über eine Schwangerschaft strafrechtlich zu beschneiden, von ähnlichen Kräften aus. Mohr nimmt an, dass der Kriminalisierungsschub zum Teil auf die deutlichere Sichtbarkeit der Abtreibungsproblematik in einer zunehmend urbanisierten und industrialisierten Gesellschaft sowie auf einen realen Anstieg der Abtreibungszahlen zurückgeführt werden kann. Ein dritter Faktor – und zwar der, der den Abtreibungsgegnern besonders starken Rückenwind gab – ist demografisch und ökonomisch bestimmt:

Die dramatische Zunahme der Abtreibungszahlen in den Vereinigten Staaten nach 1840 wurde weniger einer Zunahme unehelicher Geburten oder einem Niedergang der ehelichen Treue zugeschrieben als vielmehr der wachsenden Abtreibungsbereitschaft bei weißen, verheirateten, protestantischen, im Lande geborenen Frauen der Mittel- und Oberschichten, die entweder die Entscheidung, ein Kind auszutragen, aufzuschieben wünschten oder schon alle Kinder hatten, die sie haben wollten.²³

Die feministische Historikerin Linda Gordon zitiert einen Prediger, der befürchtete, die

Idee der Familie [drifte] tatsächlich in den Individualismus ab [...]. Jetzt hat [die Frau] sich des Herdes entwöhnt und ist sich selbst zu ihrem Hauptziel und -zweck geworden. Was, bitteschön, hat zu diesen Veränderungen geführt? Durch die Erfindung der Nähmaschine, durch die Einführung der Bekleidung von der Stange und durch diese abscheuliche Sünde – die Vermeidung von Nachwuchs, aufgrund

²¹ James C. Mohr, *Abortion in America: The Origins and Evolution of National Policy*, New York 1979 (Kindle Location 2786).

²² Angela Y. Davis, *Women Race & Class*, New York 1983, S. 190.

²³ Vgl. Mohr, a.a.O., Kindle Locations 675-683.

derer unsere Frauen nicht länger gezwungen sind, daheim zu bleiben – ist die Anbindung ans Haus zerrissen [...]. [Die Sünde, Nachwuchs zu vermeiden] kommt von der Mode, der Feigheit, von indolentem Reichtum und Armut aus Faulheit.²⁴

Zu einer Zeit massiver Einwanderung und schwarzer Emanzipation befürchteten viele Weiße eine Art „Selbstmord der eigenen Rasse“. Im Jahre 1902 schrieb Präsident Theodore Roosevelt einem Freund, arbeitsunwillige Männer seien eine Gefahr für die Nation; Frauen eine andere: „Wenn Frauen nicht erkennen, dass es für jede Frau das Größte ist, eine gute Gattin und Mutter zu sein – nun, eine solche Nation hat wahrhaftig Grund, sich um ihre Zukunft zu sorgen.“²⁵ In einer Rede vor dem Kongress bezeichnete Roosevelt dann 1905 die Abnahme der Anzahl „eingeborener“ Familien in Amerika als „eines der größten soziologischen Phänomene unserer Zeit“. (Natürlich bezog sich das nicht auf die Ureinwohner des Landes, die Native Americans.) Im Jahre 1906 dann warf er kinderlosen weißen Frauen ganz unverblümt vor, sie seien schuld, wenn die Nation untergehe. „Vorsätzliche Unfruchtbarkeit [ist] jene Art Sünde, die mit dem Tod der Nation, dem Rassenelbstmord bestraft wird.“²⁶

Auch die Gewerkschaftsbewegung war, was die Rechte der Frauen betraf, keine große Hilfe.

Als die Landwirtschaft noch dominierte, hatten Frauen das Gesicht der Fabrikarbeit geprägt (weil die Farmen keine männliche Arbeitskraft entbehren konnten). Doch der Bürgerkrieg machte dann nicht nur den Baumwollspinnereien, die vor allem Frauen beschäftigt hatten, ein Ende; er beschleunigte auch die Mechanisierung. Kleine Farmer und kleine Handwerker, die vorher das Bild der Arbeit bestimmt hatten, versuchten jetzt zunehmend Arbeit an den Fließbändern zu finden. Aber da war die Konkurrenz hart, weil gleichzeitig auch Einwanderer und befreite Schwarze dorthin strebten. Statt verstärkt gemeinsame Front gegen ausbeuterische Bosse zu machen, taten die meisten Gewerkschaftsführer was sie konnten, um die beste Arbeit für die eigenen Leute herauszuholen: Die meisten Gewerkschaften waren rassistisch getrennt und über die Einwanderung zerstritten. Zudem wünschte die große Mehrheit, dass die Frauen an den heimischen Herd zurückkehrten und aus den Fabriken verschwanden. Ende der 1880er Jahre befasste sich der größte Gewerkschaftsverband des Landes, die American Federation of Labor (AFL), auf ihrem Bundeskongress mit einer Resolution, die den US-Kongress aufrief, „alle Frauen aus dem Staatsdienst zu entlassen und auf diese Weise ihre Entfernung aus dem Alltagsgetriebe zu fördern und sie nach Hause zurückzuschicken.“²⁷

Arbeitende Frauen im „Vergoldeten Zeitalter“

Heute geschieht genau dieses. So seltsam es klingen mag, aber in den letzten Jahren ist keine Beschäftigtengruppe in den Vereinigten Staaten stärker geschrumpft als die der Frauen. Als im Dezember 2007 die Rezession begann, lag

die offizielle Arbeitslosenquote für Frauen und Männer gleichermaßen bei 4,4 Prozent, und gut zweieinhalb Jahre später stimmten die jeweiligen Daten erneut überein, diesmal beim Pegelstand von 7,7 Prozent. Aber seit dem Beginn der wirtschaftlichen Erholung im Juni 2009 ist die Arbeitslosenquote der Männer um 2,2 Prozentpunkte gesunken, während diejenige

²⁴ Linda Gordon, *The Moral Property of Women: A History of Birth Control Politics in America*, Chicago 2002, S. 84.

²⁵ Elting E. Morison u.a. (Hg.), *The Letters of Theodore Roosevelt*, Cambridge, MA 1951, Bd. 3, S. 354.

²⁶ *Messages and Papers of the Presidents* (New York: Bureau of National Literature and Art, n.d.), 6984.

²⁷ Bettina Berch, *The Endless Day: The Political Economy of Women and Work*, New York 1982, S. 41.

der Frauen im Wesentlichen unverändert blieb. Nach jahrzehntelangem Wachstum steigt der Anteil der aushäusig lohnarbeitenden Frauen erstmals seit der zweiten Welle des Feminismus in den 1960er Jahren nicht mehr an, sondern schrumpft.

Anfang 2012 meldete das Bureau of Labor Statistics, ein Viertel aller neuen Jobs in den Vereinigten Staaten entfiel auf die Sektoren Bau, Einzelhandel und Gesundheitsdienste. Den Löwenanteil dieser Jobs besetzen Männer – sogar jener Arbeitsplätze, wo traditionell weibliche Beschäftigte vorherrschen. Der Ökonom Bryce Covert berichtet, dass seit dem offiziellen Ende der Rezession Frauen weniger als 20 Prozent der neu entstandenen Arbeitsplätze einnehmen und lediglich ein Viertel der im Krisenverlauf verlorenen Jobs zurückgewinnen konnten. Die Männer haben hingegen 42 Prozent der verloren gegangenen Arbeitsplätze wiedererlangt.²⁸

Einer der Gründe dafür ist, dass Frauen 57 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Sektor stellen (gegenüber 48 Prozent im Privatsektor, der Zuwächse verzeichnet). Sie sind überdurchschnittlich im öffentlichen Dienst der Einzelstaaten und der Kommunen beschäftigt – auf ebenjenen Ebenen der Staatstätigkeit, auf denen massenhaft Arbeitsplätze abgebaut wurden und werden. Ein anderer Grund besteht darin, dass Frauen sich schwerer damit tun, Stellen zu finden, und wenn doch, wird ihre Arbeit immer noch schlechter bezahlt als die der Männer. Insgesamt gesehen betragen die Lohneinkünfte der Frauen im Jahr 2009 dem US-Zensus zufolge durchschnittlich 78,2 Prozent dessen, was ihre männlichen Kollegen verdienen.²⁹ Eine Untersuchung, die 436 Einzelhandelsbeschäftigte in landesweiten Filialbe-

trieben (darunter Target, Old Navy und Urban Outfitters) einbezog, ergab als Mittelwert für den *gender gap* zwischen Frauen und Männern die Differenz zwischen 9,00 Dollar und 10,13 Dollar pro Arbeitsstunde. Es zeigte sich auch, dass Frauen nicht so leicht in den Genuss von Zusatzleistungen seitens der Arbeitgeber kommen oder befördert werden. Am schlechtesten standen die 53 Prozent der schwarzen Frauen und die 77 Prozent der Latinas da, die weniger als 10 Dollar pro Stunde verdienen. Dabei unterstützte rund ein Drittel der betreffenden Frauen von diesem Lohn auch noch mindestens ein Familienmitglied. (Was übrigens das ganze Gerede über die Rolle einer besseren Bildung und Ausbildung anbetrifft: Gut 70 Prozent der Beschäftigten, die im Rahmen des Retail Action Projects angesprochen wurden, hatten ein Hochschulstudium absolviert oder einen College-Abschluss. Diejenigen, die nur einen *associate's degree* vorweisen konnten, kamen auf einen durchschnittlichen Stundenlohn von 10 Dollar bei einem Jahresbruttoeinkommen von 16 640 Dollar.)³⁰

In der sogenannten Kreativen Klasse sieht es nicht besser aus. Richard Florida, der diesen soziologischen Terminus geprägt hat, berichtete in „The Atlantic“:

Frauen haben etwas mehr als die Hälfte (52,3 Prozent) der Creative-Class-Jobs inne, wobei ihr Ausbildungsniveau fast genau demjenigen der männlichen Kollegen entspricht. Aber ihre Bezahlung ist alles andere als gleich. Männer verdienen in diesem Beschäftigtensegment durchschnittlich 82 009 Dollar, Frauen hingegen nur 48 077 Dollar im Jahr. Die Lücke beträgt also 33 932 Dollar und damit atemberaubende 70 Prozent des weiblichen Durchschnittslohns in den kreativen Berufen. Selbst bei einer Regressionsanalyse nach Arbeitsstunden und Ausbildungsniveau verdienen Männer in der creative class beachtliche 23 700 Dollar oder 49,2 Prozent mehr als Frauen.³¹

28 Bryce Covert, 27.8.2012, www.thenation.com/blog/169575/women-backslide-retail-jobs-losing-yet-another-foothold-new-economy.

29 Men's and Women's Earnings for States and Metropolitan Statistical Areas: 2009, www.census.gov/prod/2010pubs/acsbr09-3.pdf.

30 Retail Action Project, <http://retailactionproject.org/2012/01/discounted-jobs-how-retailers-sell-workers-short-executive-summary>.

31 Progress and Renewal. Stories of Urban Reinvention, www.theatlanticcities.com/jobs-and-economy/2011/11/

Im Gesundheitswesen – so Richard Florida – verdienen Frauen, die dort zahlenmäßig die Männer im Verhältnis von Drei zu Eins übertreffen, weniger als halb so viel wie diese (49 877 Dollar gegenüber 109 938 Dollar). Auch im Rechtswesen, dessen Beschäftigte zu 54 Prozent Frauen sind, verdienen diese weniger als die Hälfte des Einkommens der Männer (65 886 Dollar gegenüber 137 680 Dollar).

Aus der Männerwelt des Militärs stammt die Meldung, dass die Zahl der obdachlosen Veteranen in den letzten Jahren zwar insgesamt gesunken, diejenige der obdachlosen Ex-Soldatinnen dagegen seit 2006 auf das Doppelte gestiegen ist. Dem General Accounting Office zufolge waren fast zwei Drittel der obdachlosen Veteraninnen zwischen 40 und 59 Jahre alt, mehr als ein Drittel war behindert und viele hatten minderjährige Kinder zu unterstützen. (Dabei nehmen mehr als 60 Prozent der untersuchten Hilfsprogramme für obdachlose Veteraninnen keine Kinder auf.)

Die schrecklichen Wirtschaftsstatistiken lesen sich geradezu wie ein Roman der postfeministischen Apokalypse, auch ohne den Personhood-Irrsinn. Wie in den 1880er Jahren kämpfen die *social conservatives* wiederum für Fötenrechte, während es die Leute, die sich den Löwenanteil der Macht in der amerikanischen Demokratie aneignen, die Superreichen sind, denen der Oberste Gerichtshof in seiner Citizen-United-Entscheidung einen neuen Status und neue Möglichkeiten, Wahlen zu beeinflussen, gewährt hat. Die Vereinigten Staaten sind auf dem Wege zu einem Wahlkampfkosten-Rekord: Bis zu sechs Milliarden US-Dollar dürfen für die Präsidentschaftswahl 2012 ausgegeben werden.

Die Supreme-Court-Entscheidung beseitigte Obergrenzen für Wirtschaftsspenden an die neuen „Super-PACs“, Gruppen, die in Wahl-

kämpfen Geld sammeln und ausgeben, rechtlich jedoch den Parteien und Kandidaten nicht zugerechnet werden können. Das oberste eine Prozent der Einkommensstatistik – jene Gruppe, die im Verlauf der wirtschaftlichen „Erholung“ 2009-2010 satte 93 Prozent der Zuwächse abgegriffen hat – ist die Geldquelle Nummer Eins für Super-PACs. Gewerkschaften und andere Arbeitnehmerorganisationen folgen erst in weitem Abstand. Hauptthemen dieser Super-PACs sind der Kampf gegen alle Bestrebungen, den Mindestlohn zu erhöhen oder die Superreichen stärker zu besteuern, und natürlich der Widerstand gegen jegliche Ausweitung der humanitär-progressiven – „humanity-identified“ – Rolle des Staates, die schon das Gilded Age nach dem Bürgerkrieg erfolgreich bekämpft hatte.

Nach einem kurzen Wiederaufleben in den 1960er Jahren liegt diese „Rolle“ sehr wahrscheinlich inzwischen erneut auf dem Sterbebett. Der Kongress diskutiert Steuerkürzungen für Milliardäre, während das mittlere Haushaltseinkommen in den Vereinigten Staaten sich gegenwärtig auf dem niedrigsten Stand seit 1995 (50 054 Dollar³²) befindet. Die Rekordzahl von 46,2 Millionen Amerikanern lebt heute der amtlichen Statistik zufolge unterhalb der Armutsgrenze, wobei diese sich an Standards aus dem vorigen Jahrhundert orientiert, die die meisten Statistiker des 21. Jahrhunderts für hoffnungslos veraltet erklären.

Auch der Mutterschaftskult ist wieder da. In ihrer Rolle als Präsidentengattin hat man Michelle Obama – die bekanntlich als Anwältin berufstätig war – zur „Mom in Chief“ umstiliert. Und die Ehefrau des republikanischen Präsidentschaftskandidaten teilte in der Zeitung „USA Today“ mit, es gebe keine „ruhmreichere Krone“ als die „Krone der Mutterschaft“.³³

32 „USA Today“, 11.9.2012.

33 Ann Romney, Three Seasons of Motherhood, in: „USA Today“, 10.5.2012.

income-disparity-women-creative-class/359.

Wenn es allerdings um arme Mütter geht, muss man feststellen, dass der Staat sie praktisch abgeschrieben hat. In 26 Bundesstaaten der USA erhält weniger als ein Fünftel aller Kinder, die in armen Familien leben, Geldleistungen. Und die Republikaner wollen jene Zuwendung, die für sechs Millionen Familien die einzige verlässliche Einkommensart darstellt, einschränken: die Lebensmittelmarken. Obwohl die Tatsachen sie immer wieder Lügen strafen, halten Mitt Romney und die ihn unterstützenden Super-PACs an der grotesken Behauptung fest, Obama sei Sozialist und seine Regierung habe es darauf abgesehen, den Reichtum umzuverteilen, ganz speziell an Schwarze. Rush Limbaugh hat einen großen Teil des Jahres 2010 damit zugebracht, wieder und wieder zu verbreiten, Obamas Gesundheitsreform versuche in verdeckter Form den Schwarzen jene „Wiedergutmachungsleistungen“ zu verschaffen, die man ihnen versprochen, aber nach der Sklavenbefreiung nie gewährt hatte. Das stimmt nicht, aber darum geht es auch gar nicht. Wie einst im „Vergoldeten Zeitalter“ dient der „Mutterschaftskult“ als wirksames Mittel, die Frauen entlang von Klassen- und Rassenlinien zu entzweien. Eine mit rassistischen Spitzen ausgeschmückte „Wiedergutmachungs“-Rhetorik ist ein wirkungsvolles Instrument dafür, die „Berechtigten“ unter den „Bedürftigen“ (diejenigen, die hart arbeiten, protestantisch und im Lande geboren sind) gegen „die Anderen“ auszuspielen – dieselben „Anderen“, dieselben Schwarzen, Einwanderer und „selbstsüchtigen“ Frauen, die man seit den Zeiten der Reconstruction nach dem Bürgerkrieg immer und immer wieder verteufelt.

„Personhood USA“ nennt sich die Gruppe, die auf „personhood amendments“ in der amerikanischen Verfassung drängt, und sie gibt durchaus nicht auf. Fünf Bewerber um die republikanische Präsidentschaftskandidatur haben den „Personhood Pledge“ der Gruppe im Jahre 2012 unterschrieben. Wenn das Begehren so hartnäckig verfolgt wird, wie die Republikaner ihre Steuerkampagne betrieben haben,

könnten eines Tages – einige Wahlkämpfe weiter – 100 % der Kandidaten das Papier unterschrieben haben. Darin heißt es unter anderem:

Wie Präsident Ronald Reagan stehe auch ich ein für ‚die unveräußerlichen Persönlichkeitsrechte eines jeden Amerikaners vom Augenblick seiner Empfängnis an bis zu seinem natürlichen Tod‘, und wie das Programm der Republikanischen Partei versichere ich, dass ich ‚für einen Verfassungszusatz über den Schutz des menschlichen Lebens [human life amendment] eintrete und für eine gesetzliche Regelung, die klarstellt, dass die Schutzrechte des 14. Amendments sich auf ungeborene Kinder erstrecken‘.

Der erste Bundesstaat, der einen solchen Verfassungszusatz einführt, wird damit eklatant gegen die Roe-vs.-Wade-Entscheidung und gegen Bundesrecht verstoßen.

Beim letzten Mal, als so etwas geschah, brach ein Bürgerkrieg aus. Diejenigen, die heute auf *fetal personhood* drängen, reimen sich nicht nur mit der Geschichte des „Vergoldeten Zeitalters“, sie berufen sich ausdrücklich auf die seinerzeitige Rechtsprechung. Zitieren wir nur ein einziges Beispiel: Eine Gruppe, die sich „Liberty Counsel“ nennt, brachte kürzlich in einem Anti-Verhütungs-Fall vor dem Obersten Gerichtshof von Alabama einen Amicus-Curiae-Brief ein. Sie zitiert darin eine Reihe von Fällen aus dem späten 19. Jahrhundert, um ihre Kriminalisierungsforderung zu untermauern, und resümiert: „An der Schwelle des 20. Jahrhunderts vertraten sowohl die Rechtsordnung als auch das allgemeine öffentliche Empfinden entschieden die Auffassung, dass ein ungeborenes Kind vom Zeitpunkt seiner Empfängnis an als menschliches Leben zu gelten habe.“

Wer oder was ist „Liberty Counsel“? In ihrer Selbstdarstellung sieht die Gruppe ihre Mission darin, „die jüdisch-christliche Grundlage des Landes zu bewahren und zu schützen, und insbesondere dafür zu wirken, dass das unveräußerliche Recht auf Leben für jedermann, einschließlich der ungeborenen Kinder, garantiert ist.“

Es ist nur ein halbes Jahrhundert vergangen, seit die 1960er Jahre in eine Periode intensiver Regierungstätigkeit und aktiver Demokratie mündeten, die im Ergebnis harter Arbeit und guter Organisation die Rechte und Freiheiten Amerikas mit neuem Leben erfüllte. Zum ersten Mal seit den 1930er Jahren sah die Politik des Landes sich gezwungen, die humanitätsorientierte Aufgabe wieder anzupacken – „humanity-related“ zu handeln, wie der bereits zitierte Historiker Eric Foner formulierte –, so wie es die Bundesregierung einst nach Bürgerkrieg und Sklavenbefreiung versprochen hatte. Die Reconstruction scheiterte damals nach kaum zwanzig Jahren an ihren Gegnern. Es war dann die Bürgerrechtsbewegung, die 1963 Lyndon Johnson dazu brachte, den Civil Rights Act zu unterzeichnen, auf den ein Jahrzehnt neuer Gesetze folgte, die – humanity-related – die Rechte farbiger Menschen und die der Frauen erweiterten und schließlich jungen Leuten das Wahlrecht gewährten.

Wer die Wahl Barack Obamas als den Höhepunkt dieser Entwicklung feierte, lag gar nicht einmal ganz falsch. Zwar ist der Mann weder Heiliger noch Weltveränderer. Unter seiner Regierung wurden mehr todbringende Drohnen eingesetzt, mehr Einwanderer ausgewiesen, mehr Menschen eingekerkert und mehr Whistleblowers strafrechtlich verfolgt als unter seinem Vorgänger. Aber Barack Obamas Karriere wäre undenkbar, hätte es nicht die Bürgerrechtsbewegung gegeben, die Affirmative Action, die Sozialhilfe (deren Leistungen seine Mutter eine Zeit lang in Anspruch nehmen musste), Medicare (die seiner Großmutter den Zugang zu medizinischen Leistungen ermöglichte), und hätte es keine Ausweitung der staatlichen Aktivitäten gegeben. Obamas Wahlsieg im Jahre 2008 war das Ergebnis – gewiss, von viel Wall-Street-Geld (ihm floss damals der

Löwenanteil dieser Wahlhilfen zu), aber auch – der Unterstützung von jungen, Spanisch sprechenden, schwarzen und weiblichen Amerikanern, die in beispiellosem Ausmaß organisierend und mobilisierend mitwirkten und (wenn sie konnten) wählen gingen.

Die jüngsten Wahlen begleiten Schlagzeilen wie diese: Amerikas Weiße verlieren ihre numerische Dominanz. Im Jahre 2050 würden sie voraussichtlich minoritär und die Vereinigten Staaten keine weiße Nation mehr sein. Der Niedergang der US-Industrie hat Millionen den Arbeitsplatz gekostet, ihre Altersversorgung, ihren *Way of Life* und ihre Zukunftsaussichten. Gut geschmierte Medien gaben ihr Bestes, um die Menschen „der Tea-Party-Bewegung“ in die Arme zu treiben, wie eine Vielzahl von Milliarden ausgehaltener Pressure Groups verallgemeinernd genannt wird. Vertreter dieser „Tea Party“ wollen, wie sie gern und oft verkünden, „unser Land zurückholen“ – es Sozialisten, Gewerkschaftern, „Wall Street“ und den Frauen abnehmen, die am rechten Rand seit langem als „femi-nazis“ beschimpft werden. Frohgemut verteidigen sie ihr Recht auf die besten Jobs, ihr Recht Waffen zu tragen und ihr „Recht“, immer weniger Steuern zu zahlen und im gleichen Maße den Handlungsspielraum des Staates „gesundzuschrumpfen“. All das hat Amerika schon früher erlebt. In der Debatte, die die Nation zu Beginn dieses 21. Jahrhunderts erregt, geht es im Kern nicht nur um eine Wahl, einen Kandidaten oder ein Geschlecht. Worum es vor allem geht, ist – in der Tat – die von den Abtreibungsgegnern so erbittert bekämpfte „Wahlfreiheit“: *choice*. Aber nicht allein die Freiheit der Frauen, in eigener Sache selbst zu entscheiden. Entschieden wird über die Zusammensetzung Amerikas als Gemeinwesen und darüber, welche Aufgaben in diesem Lande Staat und Regierung zu erfüllen haben.